



Geschäftsstelle:
Kreuzstraße 11
46395 Bocholt
Postfach 1264 · 46362 Bocholt
Telefon (0 28 71) 2 31 47
Telefax (0 28 71) 2 31 49

Haushalt konsolidieren

Haushaltssicherung vermeiden

Handlungsfähigkeit zurückgewinnen

**Grundsätze der Bocholter
CDU-Fraktion zur**

**Haushalts- und Finanzsituation der
Stadt Bocholt**

21.08.2006

Die CDU fühlt sich als stärkste Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung besonders verpflichtet die Haushaltskonsolidierung zu realisieren und ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden.

Wir fordern den Bürgermeister und alle im Rat vertretenen Fraktionen und Parteien auf, für erforderliche Maßnahmen einen konstruktiven Dialog mit der CDU-Fraktion einzugehen.

Die CDU vertritt für zukünftige Maßnahmen folgende **Grundsatzpositionen**:

- Der Aufbau bisheriger oder neuer Entwicklungs-, Förder- und Infrastrukturen muss sich rechtzeitig an der demographischen Entwicklung orientieren.
- Die Stärkung der Familien ist für die CDU-Fraktion ein Ziel mit oberster Priorität. Familien mit Kindern sind in unserer Gesellschaft vielfach benachteiligt, daher ist bei allen Maßnahmen darauf zu achten, dass die bisherige Förderung erhalten bleibt.
- Eine Jugendförderung hat sich verstärkt danach zu richten, dass Jugend dort gefördert wird wo auch Jugend ist.
- Die Subsidiarität ist weiterhin eine politische und gesellschaftliche Maxime der CDU-Fraktion. Die CDU-Fraktion stellt die individuelle Freiheit und Verantwortung vor staatliches Handeln.
- Die Stärkung des Ehrenamtes bleibt weiterhin Handlungsindikator für die CDU-Fraktion. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter in allen Bereichen leisten bedeutende Arbeit zum Wohle der Stadt. Kürzungen in diesem Bereich zerstören Strukturen, und erfordern zusätzliche Mittel an anderer Stelle. Aus diesem Grunde sind Zuschüsse an freie Träger aus den Bereichen:
 - o Jugendhilfe
 - o Sport
 - o Kultur
 - o Seniorenarbeit

weiterhin für die CDU-Fraktion verpflichtend.

Um die Haushaltskonsolidierung zu erreichen stellt die CDU-Fraktion folgende Anträge:

- Für alle Kreisaufgaben, die von der Stadt Bocholt durchgeführt werden, sind die Kosten vom Kreis zu tragen.
- Bei allen Leistungen, Pflichtleistungen oder freiwilligen Leistungen und Baumaßnahmen, ist eine Standarddiskussion zu führen. Der Standard richtet sich nach dem Notwendigen, nicht nach Wünschenswertem.
- Der Antrag zur Übernahme der Gebäude für die Berufsschulen durch den Kreis liegt bereits vor.
- Eine auf Zukunftsfähigkeit ausgerichtete Schulentwicklungsplanung ist zwingend geboten. Die CDU-Fraktion erwartet umgehend eine quantitativ und qualitativ ausgerichtete Schulentwicklungsplanung. Folgende Fragen sind zu beantworten:
 - o Welche Schulversorgung muss die Stadt Bocholt laut gesetzlichen Bestimmungen in Bocholt für Bocholter Schüler und für auswärtige Schüler vorhalten?
 - o Wie viel Schulraumkapazitäten werden in den städtischen Schulen vor dem Hintergrund der Demographie und der Verkürzung der Schulzeit auf 12 Jahre frei?
 - o Wie viel Schulraumkapazität werden zur Zeit für auswärtige Schüler in Bocholt vorgehalten?
 - o Hält es die Verwaltung für möglich, beim EUREGIO-Gymnasium nur eine Teilsanierung durchzuführen?
 - o Sind Schulen aufgrund der demographischen Entwicklung in ihrer Substanz gefährdet?
 - o Die CDU-Fraktion beantragt, dass die Verwaltung prüft, ob es möglich ist, im Bereich der Schulen Trägergemeinschaften mit anderen Kommunen zu gründen.
 - o Die CDU-Fraktion beantragt die Prüfung, ob es im Rahmen einer Zusammenlegung von Musikschule und VHS zu einer Organisationseinheit zu Synergieeffekten kommen kann.

- o Welche Kurse sind im Bereich der VHS nach Vollkostenrechnung rentierbar? Wir bitten um Aufschlüsselung nach Pflichtkursen und freiwilligen Kursen.
- Welche städtischen Gebäude können aus Sicht der Verwaltung verkauft werden.
 - o Für die Gebäude der Musikschule und der VHS bitten wir um eine neutrale Zeitwertermittlung.
 - o Welche Gebäude werden durch den Bezug des Justizzentrums frei?
 - o Die CDU-Fraktion beantragt, die Frage der zukünftigen Entwicklung der Gebäudewirtschaft unter NKF-Gesichtspunkten zu prüfen und Handlungsvorschläge vorzulegen.
- Die CDU-Fraktion stellt fest, dass pauschale Kürzungen der freiwilligen Leistungen das strukturelle Defizit im Verwaltungshaushalt nicht lösen. Wir haben bereits den Antrag gestellt, dass 1 Mio € im Verwaltungshaushalt zu erwirtschaften sind. Die durchgeführte Aufgabenkritik in Bezug auf den Fachbereich 33 geht in die richtige Richtung. Es muss sichergestellt werden dass die Verwaltung Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger auf hohem Niveau erbringt. Diese Leistungserbringung muss durch kostengünstige Strukturen erfolgen, Veränderungen sind gemeinsam mit den Mitarbeitern durchzuführen.
 - Die Aufgabenkritik ist für alle Fachbereiche, einschl. der Feuerwehr, durchzuführen.
- Welche Vor- und Nachteile entstehen bei einer örtlichen und organisatorischen Trennung von Feuerwehr und Rettungsdienst?
 - Wäre es möglich, den Rettungsdienst auf Dritte zu übertragen?
 - o Falls dies möglich erscheint, wäre unter diesen Umständen eine Sanierung der Feuerwache am bisherigen Standort möglich?
- Zukünftig sind Zusagen auf freiwillige Leistungen auf max. 3 Jahre zu begrenzen, dann evtl. neu zu beschließen.

Die CDU-Fraktion bittet darum, die Aufgabenkritik für alle Fachbereiche, evtl. unter Einbeziehung von externen Sachverständigen, bis Ende 2007 durchzuführen und über Zwischenstände zu berichten.